

Gewerkschaftliche Monatshefte 7'84

Zu diesem Heft

Die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher wohl härteste und schwerste Tarifauseinandersetzung ist vorüber. Für die Metall- und die Druckindustrie wurden nach Wochen des Streiks (im Metallbereich auch der Aussperrung und der „kalten Aussperrung“) u. a. Manteltarifverträge abgeschlossen, die eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf durchschnittlich 38,5 Stunden vorsehen. Für eine umfassende Bilanz dieses beispiellosen Arbeitskampfes ist es ebenso zu früh wie für eine abschließende Bewertung der Tarifvereinbarungen zur Wochenarbeitszeit. Sie haben ihre Bewährungsprobe vom April nächsten Jahres an in der betrieblichen Praxis, in der Anwendung, der „Umsetzung“ durch Betriebsräte und Firmenleitungen noch zu bestehen. Eine wertende Rückschau, insbesondere aus gewerkschaftlicher Sicht, auf die Tarifrunde 1984 werden wir also in einem Schwerpunktheft am Ende dieses Jahres versuchen. Über die Erfahrungen mit den bereits gefundenen und noch zu findenden Regelungen zur Wochenarbeitszeit und zum „Vorruhestand“ wird erst nach einer angemessenen Zeit praktischer Erprobung seriös zu berichten und zu urteilen sein. Dieses Heft enthält, sozusagen als ersten zusammenfassenden Rückblick, eine umfangreiche Dokumentation zu den Tarifauseinandersetzungen, zu Streik und Aussperrung in der Druck- und Metallindustrie. Es konnten bei weitem nicht alle wichtigen Positionen, Stellungnahmen, Forderungen und Vorschläge aufgenommen werden, aber eine aussagefähige Auswahl ist hoffentlich gelungen.

Wenn auch für eine gründliche Analyse noch zu wenig Zeit war, so lassen sich doch bereits einige vorläufige Bemerkungen zu den Tarifauseinandersetzungen dieses Jahres machen:

- Sie sind nicht nur mit den üblichen starken Worten unterlegt worden und von einigen bedauerlichen Randerscheinungen begleitet gewesen, sondern von verantwortlichen Politikern der Regierungskoalition in Bonn sowie von ihnen verbundenen Journalisten in einer Weise kommentiert worden, die den von eben diesen Leuten gern beschworenen „Grundkonsens“ ernsthaft gefährdet. Wenn der Bundeskanzler eine gewerkschaftliche Tarifforderung schlicht „dumm und töricht“ nennt, wenn ein Bundesminister (inzwischen a.D.) der Wirtschaft eine Gewerkschaft vor dem Parlament als „marxistische Kaderorganisation“ bezeichnet und ihren Vorsitzenden rüde attackiert, wenn der Chefredakteur einer „Zeitung für Politik und christliche Kultur“ sich nicht entblödet, zur Charakterisierung von „Szenen vom Rande des Druckerstreiks“ ausgerechnet das „Bild von blockierenden SA-Leuten vor jüdischen Geschäften anno 33“ zu bemühen, wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ein „Sozialfaschismus“-Gemetzel zwischen verschiedenen Gewerkschaften im DGB herbeizusehnen scheint, dann läßt sich dahinter die verbindende Intention vermuten, die Gewerkschaften - in einer Zeit ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Schwäche - ins Abseits zu drücken. Auch wenn die Töne inzwischen durchweg gemäßiger klingen, auch wenn die konstruktiven Vorschläge Kurt Biedenkopfs und die vermittelnden Bemühungen des Bundesarbeitsmini-

sters nicht geringgeschätzt werden sollten, bleibt festzuhalten, daß die gewichtigsten Versuche zur Radikalisierung der Auseinandersetzungen von jenen kamen, die ansonsten nicht müde werden, Vernunft, Ausgleich und Kompromiß zu predigen. Die Bundesrepublik hat schon manche gewerkschaftsfeindliche Regierung gesehen, die regierungsamtliche Scharfmacherei des Jahres 1984 - samt des begleitenden publizistischen Trompetenchores - war von neuer, anderer Qualität.

- Es gibt hinreichende Anzeichen dafür - im Ausland mehr als hierzulande -, daß sich die Gewerkschaften zur Zeit nicht in einer Stärkephase befinden: Entstanden in der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts, großgeworden mit dem „Industrialismus“ der vergangenen 100 Jahre müssen (nicht nur) sie sich nun auf dessen Wandel in den westlichen Demokratien einstellen. Neben den traditionellen Mitgliedergruppen der Industriearbeiterschaft, die nach wie vor ihr Rückgrat ausmachen, müssen die Gewerkschaften solche erschließen, die ihnen bisher eher ferngestanden haben: Angestellte, Frauen, Medien-, Computerfachleute, Gentechniker usw. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß - wie einige Theoretiker der „nachindustriellen Gesellschaft“ mutmaßen - solche Beschäftigten aufgrund ihrer hohen Qualifikation, ihrer Stellung im Arbeitsprozeß und ihres Selbstbewußtseins gewerkschaftlicher Solidarität und kollektiver Vertretung nicht bedürften. Denn weder ist zu erkennen, daß die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Verfügungsmacht und Abhängigkeit, beseitigt sein werden, noch läßt sich annehmen, daß diese „technisch-industrielle Revolution“ mit einer durchgreifenden Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse verbunden sein wird. Es wird also für die Sicherung von menschenwürdigen Arbeits- und lebenswerten Lebensverhältnissen auch weiterhin darauf ankommen, die gemeinsamen Interessen derer, die abhängig beschäftigt sind, zu bündeln und ihnen, auf der Basis des bereits Erreichten, Geltung zu verschaffen. Nun haben die bisherigen gewerkschaftlichen Erfolge und Errungenschaften nicht nur die kollektive Sicherheit der Arbeitnehmer erheblich erhöht, sie haben auch der Individualität neue Kreise erschlossen. Da deren Vorzüge greifbarer sind und für den einzelnen wertvoller erscheinen als die vielfach zur Selbstverständlichkeit gewordenen und zudem von Konservativen und Liberalen in Verruf gebrachten kollektiven Systeme, wird für die Gewerkschaften viel davon abhängen, wie sie beides - auch für neue Arbeitnehmerkreise - attraktiv kombinieren können - ohne einer Form des Syndikalismus oder bloßen Gruppenegoismen zu verfallen. Dazu bedarf es der alten Grundsätze und einer neuen Flexibilität.

- Die Praxis wird erweisen, ob die in diesem Jahr abgeschlossenen Tarifverträge zur Wochenarbeitszeit Schritte auf diesem Wege sind. Die ersten Einschätzungen lassen es zumindest nicht unmöglich erscheinen. Der zentrale Tarifvertrag in der Metallindustrie ist unter dem maßgeblichen Einfluß von Georg Leber zustande gekommen, einem Mann, der als Prototyp für die durchaus erfolgreiche „kooperative“ Gewerkschaftspolitik der fünfziger und sechziger Jahre gelten kann. Diese Politik schloß keineswegs den Verzicht auf Streik ein und auch der „Leber-Kompromiß“ hätte ohne Streik nicht erzielt werden können. Aber es spricht sicher manches dafür, auch die anderen Elemente jener Politik unter den neuen Bedingungen zu nutzen. Im Rahmen einer solchen Politik hätten auch Regierung und Staat eine wichtige Rolle zu spielen. Sie haben es, durch öffentlichen Verbalradikalismus führender Vertreter, vorgezogen, sich aus der Szene zu stellen. Der voreilige Abgang ist nicht dadurch wiedergutzumachen, daß ein neuer Akteur mit dem wohlfeilen Ruf nach „konzertierter Aktion“ auf die Bühne geschickt wird. Es sieht so aus, als müßten Regierungs- und Staatsrepräsentanten ihre Rollen in diesem Stück von Grund auf neu studieren.

Hans O. Hemmer